
Das «Google-Urteil» des EuGH und seine Bedeutung für die Schweiz

ASTRID EPINEY

Dieser Beitrag wurde erstmals wie folgt veröffentlicht:
Astrid Epiney, Das „Google-Urteil“ des EuGH und seine Bedeutung für die Schweiz, FS Peter Hänni, Bern 2015, S. 469-480. Es ist möglich, dass diese publizierte Version – die allein zitierfähig ist – im Verhältnis zu diesem Manuskript geringfügige Modifikationen enthält.

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
II.	Das Urteil des EuGH in der Rs. C-131/12	2
	1. Zum Anwendungsbereich der RL 95/46	2
	2. Zur Reichweite des Lösungsanspruchs oder das Recht auf «Vergessenwerden»	4
III.	Implikationen für die Schweiz	8
	1. Allgemeines	8
	2. Das Google-Urteil und schweizerisches Datenschutzrecht	10
IV.	Schluss	11
	Literaturverzeichnis	11

I. Einleitung

Am 13. Mai 2014 fällte der EuGH ein viel beachtetes¹ Urteil² zu einigen zentralen Fragen der Auslegung der Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union (RL 95/46).³ Dabei geht es in dem Urteil nicht nur um das «Recht auf Vergessen», sondern auch um einige weitere zentrale Aspekte der Richtlinie, wobei sich zumindest die Problemstellungen im schweizerischen Datenschutzrecht letztlich ähnlich darstellen.

¹ Vgl. z.B. die Anmerkungen von BOEHME-NEBLER, NVwZ 2014, 825 ff.; HÜRLIMANN, *sui-generis.ch*/1.

² EuGH, Urt. v. 13. Mai 2014, Rs. C-131/12 (Google).

³ RL 95/46 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. 1995 L 281, 31. Zu dieser Richtlinie m.w.N. EPINEY/HOFSTÖTTER/MEIER/THEUERKAUF, Schweizerisches Datenschutzrecht, 89 ff.

Dies soll im Folgenden zum Anlass genommen werden, einerseits die wesentlichen Aspekte des Urteils zu skizzieren und seine Tragweite zu analysieren (II.) und andererseits nach seinen Implikationen für die Schweiz zu fragen (III.), bevor ein kurzes Schlusswort folgt (IV.).

II. Das Urteil des EuGH in der Rs. C-131/12

In der Sache stand in dem Urteil die Frage zur Debatte, ob die RL 95/46 (genauer deren Art. 12 lit. b und Art. 14 Abs. 1 lit. a, wonach ein Recht auf Löschung sowie ein Widerspruchsrecht zu gewährleisten ist)⁴ einer Person – ggf. unter bestimmten Voraussetzungen – das Recht einräumt, von einem Suchmaschinenbetreiber (in casu Google) zu verlangen, dass gewisse Internetseiten, die Informationen über sie enthalten, nicht mehr angezeigt werden. Im spanischen Ausgangsfall ging es um die in einer Tageszeitung angezeigte Zwangsversteigerung eines Grundstücks im Zusammenhang mit einer Pfändung des Klägers, die Jahre zurücklag und mittlerweile erledigt war. Im Ergebnis bejahte der Gerichtshof diese Frage (2.), wobei er zuvor den Anwendungsbereich der Richtlinie als eröffnet erachtete (1.).

1. Zum Anwendungsbereich der RL 95/46

An der Eröffnung des (sachlichen und räumlichen) Anwendungsbereichs der RL 95/46 bestanden in zweierlei Hinsicht Zweifel:

- Eine Suchmaschine verweist lediglich auf bestehende Webseiten bzw. macht sie zugänglich, ohne sie jedoch selbst zu bearbeiten; auf deren Inhalt hat die Suchmaschine keinen Einfluss. Der Gerichtshof bejahte gleichwohl in diesem Zusammenhang das Vorliegen einer Verarbeitung personenbezogener Daten, dies in enger Anlehnung an den Wortlaut der Definition dieses Begriffs in Art. 2 lit. b RL 95/46: Eine Suchmaschine durchforste automatisch, kontinuierlich und systematisch das Internet auf Informationen, womit personenbezogene Daten erhoben würden, die dann mittels des Indexierprogramms ausgelesen, gespeichert und organisiert werden sowie ggf. in Form von Suchergebnissen an die Nutzer weitergegeben werden. Dass die Informationen bereits im Internet zugänglich sind, ändere an dieser Beurteilung schon deshalb nichts, weil es sich um eine zusätzliche Verarbeitung handle. Ganz abgesehen davon könne die Suche anhand des Namens

⁴ Im Einzelnen hat die betroffene Person nach Art. 12 lit. b RL 95/46 ein Recht auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten, deren Verarbeitung nicht den Bestimmungen der Richtlinie entspricht. Art. 14 Abs. 1 lit. a RL 95/46 gewährleistet ein grundsätzliches Widerspruchsrecht, so dass die Betroffenen gegen jede sie betreffende Datenbearbeitung aus überwiegenden, schutzwürdigen bzw. sich aus ihrer besonderen Situation ergebenden Gründen Widerspruch einlegen können und sich die Datenbearbeitung im Falle eines berechtigten Widerspruchs nicht mehr auf diese Daten beziehen darf.

einer Person in einer Suchmaschine ein mehr oder weniger detailliertes Profil der Person ergeben.

Der Gerichtshof geht also davon aus, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine Suchmaschine im Verhältnis zu derjenigen der Betreiber der angezeigten Webseiten eine andere bzw. zusätzliche Datenverarbeitung darstellt. Dieser Schluss ist m.E. in jeder Beziehung überzeugend, sind Suchdienste doch höchst effiziente Informationsanbieter, die letztlich erst die Zugänglichkeit zahlreicher Informationen sicherstellen. Dass diese Dienstleistung eine eigene Datenverarbeitung sein muss, erschliesst sich schon aus dem Mehrwert der Suchdienste, der wohl kaum noch belegt werden muss. Die Brisanz dieser Feststellung dürfte aber nicht zu überschätzen sein: Die Bejahung des Vorliegens einer Verarbeitung in diesem Zusammenhang impliziert nämlich, dass Suchmaschinenbetreiber in Bezug auf alle Tätigkeiten, die personenbezogene Daten betreffen (was den grössten Anteil ausmachen dürfte), die gesamten (für Private geltenden) datenschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten haben. Die Implikationen dieses Aspekts des Urteils dürften noch kaum ausgeleuchtet sein; so könnten sie auch die Pflicht erfassen, jeweils zu prüfen, ob ein Rechtfertigungsgrund für die Aufbereitung bzw. die Zurverfügungstellung der Daten vorliegt, so dass möglicherweise gar kein Antragsformular mehr notwendig wäre, sondern ein Suchmaschinenbetreiber in eigener Initiative in Bezug auf jedes einzelne verarbeitete Personendatum prüfen müsste, ob ein Rechtfertigungsgrund vorliegt.⁵

- Der räumliche Anwendungsbereich der RL 95/46 ist nach Art. Abs. 1 lit. a RL 95/46 u.a. dann eröffnet, wenn eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung ausgeführt wird, die der für die Verarbeitung Verantwortliche im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats besitzt. Diese Voraussetzung sei – so der Gerichtshof – u.a. dann erfüllt, wenn ein Suchmaschinenbetreiber (in casu Google Inc. mit Sitz ausserhalb der Union) in einem Mitgliedstaat eine Niederlassung oder eine Tochtergesellschaft (in casu Google Spain) gründet, die zwar nicht selbst die Suchfunktionen organisiert, jedoch die Suchmaschine zugänglich macht und auf die Einwohner dieses Mitgliedstaats (insbesondere mit Werbung) ausrichtet. Denn Art. 4 Abs. 1 lit. a RL 95/46 verlange lediglich, dass die Datenverarbeitung «im Rahmen der Tätigkeiten» der Niederlassung, nicht jedoch «von» der betreffenden Niederlassung ausgeführt werden, und im Übrigen führte eine zu enge Auslegung des räumlichen Anwendungsbereichs der Richtlinie letztlich zu einer Umgehung der Schutzwirkung der Richtlinie und schadete somit ihrer Effektivität. Die Tätigkeiten des Such-

⁵ S. insoweit auch noch unten II.2.

maschinenbetreibers und seiner Niederlassung seien aber im Falle des Betriebens von Werbeflächen untrennbar miteinander verbunden, würden die Werbeseiten gerade bei der Suchabfrage angezeigt.

Auch dieser Schluss des Gerichtshofs ist überzeugend: In der Tat liefe der durch die Richtlinie angestrebte Schutz letztlich leer, wenn ausserhalb des EU-Raums durchgeführte Datenverarbeitungen auch dann nicht erfasst würden, wenn diese durch in der EU ansässige Niederlassungen in der EU «angeboten» bzw. genutzt werden, dies im Zusammenhang mit dem Verkauf von Werbeflächen. Da der Wortlaut der Richtlinie einen derartigen Ansatz zulässt bzw. gar nahelegt, erscheint der Ansatz des Gerichtshofs – auch im Hinblick auf eine grundrechtskonforme Auslegung der Richtlinie – zwingend. Im Übrigen zeigen die Ausführungen des EuGH hier auch, dass sogar mit den bestehenden rechtlichen Instrumenten und den diesbezüglichen (aufgrund des Territorialitätsprinzips auch völkerrechtlichen) Grenzen zumindest in gewissen Situationen und in Bezug auf gewisse Problemstellungen den Herausforderungen begegnet werden kann, welche die Formulierung und Durchsetzung rechtlicher Vorgaben für das World Wide Web mit sich bringen.

2. Zur Reichweite des Lösungsanspruchs oder das Recht auf «Vergessenwerden»

Das materiell-rechtliche Hauptproblem der Vorlagefragen des spanischen Gerichts betraf die rechtliche Tragweite der Art. 12 lit. b, Art. 14 Abs. 1 lit. a RL 95/46 im Zusammenhang mit dem Anliegen des Betroffenen im Ausgangsverfahren, dass mittels einer Namenssuche bei Google gewisse, ihn betreffende Informationen nicht (mehr) angezeigt werden sollten.

Der EuGH hielt diesbezüglich fest, die genannten Bestimmungen seien so auszulegen, dass ein von der Datenverarbeitung durch die Suchmaschine Betroffener (dessen Personendaten also im Rahmen der Suche angezeigt werden) verlangen könne, dass der Suchmaschinenbetreiber prüft, ob die betroffene Person ein Recht darauf hat, dass ihr Name nicht mehr durch die Ergebnisliste erfasst wird, zumindest nicht in Bezug auf bestimmte personenbezogene Informationen. Irrelevant sei dabei, ob dem Betroffenen durch die Anzeige ein Schaden entsteht. In Bezug auf die Reichweite dieses Rechts wird hervorgehoben, dass Art. 7, 8 Grundrechtecharta den Betroffenen ein Recht einräumten, dass bestimmte, sie betreffende Informationen nicht mehr auf der Ergebnisliste angezeigt werden, so dass diese Rechte grundsätzlich sowohl gegenüber dem wirtschaftlichen Interesse des Suchmaschinenbetreibers als auch dem Interesse der breiten Öffentlichkeit am Zugang zu solchen Informationen überwiegen, letzteres unter dem Vorbehalt, dass nicht besondere Gründe (z.B. die Rolle der Person im öffentlichen Leben) ein anderes Abwägungsergebnis nahelegen. Auf dieser Grundlage und in

Anbetracht des Umstandes, dass Suchmaschinen einen besonders leichten Zugang zu den relevanten Informationen ermöglichen, sei der Suchmaschinenbetreiber verpflichtet, bei Vorliegen der skizzierten Voraussetzungen die Ergebnisliste entsprechend zu verändern, dies auch soweit die Information noch auf den entsprechenden Internetseiten zu finden ist und diese Veröffentlichung rechtmässig ist.

Teilweise wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, der Gerichtshof habe mit dem «Recht auf Vergessenwerden» ein «neues Internet-Grundrecht» kreiert.⁶ Bei näherem Hinsehen dürfte es sich allerdings nicht um ein neues Grundrecht handeln (übrigens spricht der EuGH in seinem Urteil auch an keiner Stelle vom «Recht auf Vergessenwerden»), sondern lediglich eine konsequente Auslegung und Anwendung der geltenden Vorgaben der Richtlinie, ausgelegt im Lichte der Grundrechte. Im Übrigen geht es auch nicht um ein irgendwie geartetes «Recht auf Vergessenwerden», sondern – doch einiges enger – nur (aber immerhin) um die Frage, welche personenbezogene Daten ein Suchmaschinenbetreiber (noch) anzeigen darf, womit letztlich die Frage entscheidend ist, ob die für die Rechtmässigkeit der Datenverarbeitung notwendigen Voraussetzungen vorliegen. Das Postulieren eines «Rechts auf Vergessenwerden» – das es so eigentlich nicht geben kann, insbesondere auch nicht im Internet – dürfte diese Zusammenhänge eher verschleiern als klären.⁷

Dies ändert nichts daran, dass der Ansatz des Gerichtshofs bemerkenswert ist und für die Reichweite der Rechte Einzelner und der Möglichkeiten ihrer Durchsetzung von zentraler Bedeutung sein dürfte. Hervorzuheben sind insbesondere folgende Aspekte:

- Erstens dürfte ihm der auch in anderen Bereichen relevante Grundsatz zu entnehmen sein, dass der grundrechtliche Anspruch darauf, dass bestimmte personenbezogene Daten nicht mehr (in einer bestimmten Art und Weise) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen, schwerer wiegt als ebenfalls implizierte wirtschaftlich Interessen. Die Schwierigkeit in diesem Zusammenhang wird regelmässig darin liegen festzustellen, ob tatsächlich ein «Löschungsanspruch» besteht, wobei es die Ausführungen des Gerichtshofs nahelegen, dass ein solcher grundsätzlich bereits aufgrund der

⁶ So BOEHME-NEBLER, NVwZ 2014, 825 (827 ff.).

⁷ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass im Rahmen der derzeit laufenden Revisionsbestrebungen der datenschutzrechtlichen Regelungen auf EU-Ebene – die insbesondere die Ersetzung der RL 95/46 durch eine sog. Datenschutzgrundverordnung umfassen – der Kommissionsvorschlag noch von einem «Recht auf Vergessenwerden» sprach, das einen Anspruch auf Löschung von Daten sowie darauf, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche sämtliche vertretbaren Schritte unternimmt, um bei veröffentlichten Daten auch Dritte über die Löschung zu informieren, umfassen soll (Art. 17 E-DSGV). Das EU-Parlament hat die Betitelung des entsprechenden Rechts nun auf ein «Recht auf Löschung» reduziert und damit einen «Etikettenschwindel» berichtigt und darüber hinaus die Tragweite. Vgl. zu den Revisionsbestrebungen auf EU-Ebene, m.w.N., KERN/EPINEY, in: Durchsetzung der Rechte der Betroffenen, im Erscheinen.

Verknüpfungsmöglichkeiten und der damit einhergehenden Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen besteht.

- Zweitens, und damit in engem Zusammenhang stehend, gilt dies auch in reinen Privatrechtsverhältnissen, womit der Gerichtshof im Ergebnis von einer Drittwirkung der genannten Grundrechte ausgeht, wobei diese Drittwirkung jedoch auf der Einräumung der entsprechenden Rechte in der RL 95/46 beruhen dürfte, seien diese doch im Lichte der Grundrechte auszulegen.
- Drittens impliziert die Herleitung des Anspruchs des Betroffenen darauf, dass bestimmte Informationen nicht mehr über die Suchmaschine angezeigt werden, dass – wie bereits im Zusammenhang mit dem sachlichen Anwendungsbereich der Richtlinie erwähnt⁸ – der Suchmaschinenbetreiber nicht erst auf Antrag der Person entsprechend tätig werden muss. Denn der Anspruch auf Löschung und die Reichweite des Widerspruchsrechts knüpfen notwendigerweise in materiell-rechtlicher Hinsicht an die nicht (mehr) gegebene Rechtmässigkeit der Datenverarbeitung an. Ist eine Datenverarbeitung aber nicht rechtmässig, liegen also die Voraussetzungen der Art. 6, 7 RL 95/46 nicht (mehr) vor, ist der für die Verarbeitung Verantwortliche verpflichtet, die Verarbeitung zu beenden, also z.B. die entsprechenden Suchergebnisse nicht mehr anzuzeigen, dies unabhängig von der Geltendmachung des Rechts durch die Betroffenen nach Art. 12 lit. b, Art. 14 Abs. 1 lit. a RL 95/46. Denn diese Rechte stellen eigentliche Durchsetzungsrechte dar, die es den Betroffenen ermöglichen sollen, die Beachtung ihrer Persönlichkeitsrechte gegenüber den Datenverarbeitern durchzusetzen; die Frage, ob eine Datenverarbeitung rechtmässig ist oder nicht, bestimmt sich nach den materiell-rechtlichen Vorgaben der Richtlinie, welche die für eine Datenverarbeitung Verantwortlichen unabhängig von einer entsprechenden Geltendmachung zu beachten haben.
- Schliesslich ist die Differenzierung zwischen einer Veröffentlichung von Personendaten auf «irgendeiner» Webseite und ihrer Zugänglichkeit über eine Suchmaschine und die strengeren Anforderungen an letztere angesichts der Rolle von Suchmaschinen für die Auffindbarkeit von Informationen in jeder Beziehung überzeugend und wohl auch auf andere Formen «differenzierter» Information übertragbar, so dass das Urteil nicht nur für Google, sondern auch für sonstige webbasierte Dienstleistungen – wie z.B. Wikipedia – von Bedeutung sein dürfte.

Wenn in Bezug auf das Urteil des Gerichtshofs – unter ausführlicher Bezugnahme auf die Schlussanträge des Generalanwalts – darauf hingewiesen wird, es «verstosse» gegen die Informationsfreiheit,⁹ so vermag dies in dieser Pauschalität nicht zu überzeugen: Der Gerichtshof postuliert nämlich

⁸ Oben II.1.

⁹ So HÜRLIMANN, *sui-generis.ch*/1, Rn. 64.

keineswegs ein «absolutes» Recht auf Löschung gewisser Suchergebnisse, sondern geht von einer Interessenabwägung im Einzelfall aus, wenn er hier auch – wie erwähnt – gewisse Weichenstellungen in Bezug auf das grundsätzliche Gewicht wirtschaftlicher Interessen im Vergleich zu dem Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen vornimmt und auch allgemein die Datenverarbeitung durch Suchmaschinenbetreiber – jedenfalls soweit es um die nach Namen erfolgende Suche geht – als einen besonders schwerwiegenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ansieht.

Der zuletzt genannte Aspekt ist auch durchaus überzeugend: Denn die Zugänglichkeit und Auffindbarkeit sowie die Verknüpfungsmöglichkeiten personenbezogener Daten stellen einen wesentlichen Aspekt für die Bewertung von Reichweite oder Schwere eines Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte dar, was gerade für die jedenfalls notwendige Abwägung entscheidend ist. Daher verhält auch der Hinweis auf die grundsätzlich rechtmässige Veröffentlichung der Daten auf einer Webseite irgendwo im Netz nicht, denn eine solche mitunter schwer auffindbare Veröffentlichung stellt einen wesentlich weniger weitgehenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar, als die Möglichkeit, dieselbe Information durch die Eingabe des Namens in eine Suchmaschine innert Sekunden aufzuspüren, ganz abgesehen davon, dass diese Information dann mit anderen Informationen über die betreffende Person kombiniert werden kann und so jedenfalls in gewissen Konstellationen ein eigentliches Persönlichkeitsprofil erstellt werden kann.

Wenig hilfreich ist auch der Hinweis darauf, das Urteil des EuGH impliziere eine «Zensur» des Internet:¹⁰ Denn es geht letztlich um eine private Suchmaschine, die im Hinblick auf die Erfüllung datenschutzrechtlicher Anforderungen gewisse Anzeigen bzw. Ergebnisse nicht mehr zugänglich macht; dass sie die datenschutzrechtlichen Vorgaben «übererfüllen» könnte, ist denkbar, aber aus rechtlicher Sicht – sieht man von spezialgesetzlichen Regelungen, wie in diesem Zusammenhang insbesondere dem Wettbewerbsrecht, ab – grundsätzlich nicht relevant, da Einzelne wohl keinen Anspruch aus der Informationsfreiheit gegen andere Private auf Zugänglichmachung oder Anzeige bestimmter Informationen haben. Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass die «Anzeigenpolitik» der Suchmaschinen auch darüber hinaus durchaus hinterfragt werden kann. Eine andere Frage ist in diesem Zusammenhang jedoch diejenige, ob sich in Bezug auf marktbeherrschende Suchmaschinen gewisse staatliche Regelungen aufdrängen könnten, die im Hinblick auf die effektive Verwirklichung der Informationsfreiheit hier gewisse Vorgaben formulieren.

¹⁰ In diesem Sinn HÜRLIMANN, *sui-generis.ch*/1, Rn. 27 ff., unter Verweis auf die Schlussanträge des Generalanwalts in der Rs. C-131/12.

Nicht zu verkennen sind allerdings die praktischen Schwierigkeiten der Umsetzung der Vorgaben des Gerichtshofs durch die Suchmaschinenbetreiber: Da das Urteil nach der hier vertretenen Ansicht letztlich eine umfassende Prüfung der Ergebnisse einer nach Namen erfolgenden Personendatensuche impliziert, stellt sich die Frage, auf welche Weise diesem Anspruch angesichts der Unmenge an Informationen praktisch nachgelebt werden kann, dürfte doch eine individuelle Güterabwägung in Bezug auf jedes angezeigte Personendatum nicht realistisch sein. Ein möglicher Ansatz für das Herangehen an diese Problematik könnte darin bestehen, dass grundsätzlich eine leichte Auffindbarkeit auch personenbezogener Informationen – die durch Suchmaschinen gewährleistet ist – im Hinblick auf die Informationsfreiheit und die Tätigkeit der Medien im öffentlichen Interesse liegt. Insofern – und dies dürfte auch der EuGH nicht verkennen – steht die Tätigkeit der Suchmaschinenbetreiber an sich durchaus im öffentlichen Interesse, und die in diesem Zusammenhang verbundene Datenverarbeitung kann somit grundsätzlich gerechtfertigt werden. Daher wird man von den Suchmaschinenbetreibern nur, aber immerhin, verlangen können, dass sie – soweit kein eigentlicher Antrag der Betroffenen erfolgt – den Umständen entsprechende und angemessene Vorkehrungen treffen, damit durch das Anzeigen von Suchergebnissen keine Persönlichkeitsverletzung erfolgt. Diese Massnahmen können insbesondere technischer Natur (z.B. indem bestimmte ältere Suchergebnisse zumindest summarisch überprüft werden) oder aber anlassbezogen in dem Sinn sein, dass im Falle von Anzeichen der Möglichkeit von Persönlichkeitsverletzungen durch das Anzeigen bestimmter Seiten eine genauere Analyse zu erfolgen hat.

III. Implikationen für die Schweiz

1. Allgemeines

Die Schweiz ist über die sog. Schengen- und Dublinassoziiierung¹¹ auch an datenschutzrechtliche Vorgaben des EU-Rechts gebunden,¹² wobei sie in Anwendung der einschlägigen „Übernahmemechanismen“ der genannten Abkommen auch die diesbezüglichen Weiterentwicklungen des Schengen- und

¹¹ Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, SR 0.362.31; Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, SR 0.142.392.68.

¹² Vgl. schon EPINEY, SJZ 2006, 121 ff.; EPINEY/HOFSTÖTTER/MEIER/THEUERKAUF, Schweizerisches Datenschutzrecht 263 ff.; FÜZESSÉRY MINELLI/BRUNNER, in: Bilaterale Abkommen II Schweiz – EU, 426 (428 ff.); s. auch SCHEFER/STÄMPFLI, in: Schengen in der Praxis, 135 ff.; BRUNNER, in: Schengen in der Praxis, 189 ff.

Dublin-Besitzstands – wozu auch die datenschutzrechtlichen Regelungen, so insbesondere die RL 95/46, gehören – übernimmt.

Zwar ist hier in Bezug auf die genaue Reichweite dieser Einbindung der Schweiz in den unionsrechtlichen Besitzstand im Bereich des Datenschutzes nach wie vor noch einiges streitig, wobei in erster Linie auf die genaue Reichweite der Bindungswirkung der RL 95/46 für die Schweiz (lediglich für die von der Schengen-/Dublin-Assoziierung erfasste Bereiche oder allgemeine Verbindlichkeit, ähnlich wie für einen EU-Mitgliedstaat)¹³ und die Frage, ob auch die geplante Datenschutzgrundverordnung¹⁴ Teil des Schengen- und Dublinbesitzstands sein soll (was auf EU-Ebene offenbar noch nicht abschliessend geklärt ist), hinzuweisen ist.

Nichtsdestotrotz ist es in jedem Fall schon allgemein lohnend, die Entwicklungen in der EU zu verfolgen und danach zu fragen, inwieweit sie Implikationen für das schweizerische Recht entfalteten bzw. hier einen Anpassungsbedarf auslösten. Denn einmal dürften auch die neuen Entwicklungen auf EU-Ebene im allgemeinen Datenschutzrecht für die Schweiz über einen Einbezug in den Schengen-/Dublin-Besitzstand verbindlich werden, und zum anderen ist es auch darüber hinaus sinnvoll, in diesem Bereich die unionsrechtlichen Entwicklungen zumindest zur Kenntnis zu nehmen und in die Betrachtungen einzubeziehen, zumal gewisse Aspekte auch im Rahmen der laufenden Revision der Datenschutzkonvention des Europarates – die nach ihren erklärten Zielsetzungen inhaltlich mit den Entwicklungen auf EU-Ebene abgestimmt werden soll¹⁵ – relevant sein dürften.

Spezifisch in Bezug auf die in der Rs. C-131/12 zur Debatte stehenden RL 95/46 ist es jedenfalls de lege lata so, dass diese Richtlinie zumindest in den von der Schengen-/Dublin-Assoziierung erfassten Bereichen für die Schweiz verbindlich zu beachten ist, so dass das Urteil des Gerichtshofs insoweit von einer gewissen Bedeutung ist. Im Übrigen dürften gerade die allgemeinen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes des Bundes in weiten Teilen grundsätzlich eine mit der RL 95/46 konforme Rechtslage anstreben bzw. gewährleisten.¹⁶ Spezifisch für die Vorschriften zur Rechtsdurchsetzung ist

¹³ Vgl. für die zuletzt genannte Ansicht EPINEY, SJZ 2006, 121 (122 ff.); a.A. BRUNNER, in: Revision des Datenschutzgesetzes, 139 (140 ff.); RUDIN/BAERISWYL, in: Datenschutz in Europa und die Schweiz, 169 (175 f.).

¹⁴ Vgl. zu dieser KERN/EPINEY, in: Durchsetzung der Rechte der Betroffenen, im Erscheinen, m.w.N.

¹⁵ Vgl. hierzu, m.w.N., DE TERWANGNE, in: Die Entwicklung der europarechtlichen Vorgaben im Bereich des Datenschutzes, 23 ff.

¹⁶ Zur Frage, ob und inwieweit nach wie vor Differenzen zwischen der RL 95/46 und dem DSG (das nach den Materialien nicht als solches die Richtlinie umsetzen sollte, vielmehr wurde ein sektorieller Ansatz verfolgt, vgl. insoweit BB1 2004 5965, 6175) bestehen, EPINEY/HOFSTÖTTER/MEIER/THEUERKAUF, Schweizerisches Datenschutzrecht, 221 ff.; EPINEY, in: Die Revision des Datenschutzgesetzes, 1 (5 ff.). Jedenfalls strebte man eine gewisse Annäherung der Rechtslage in der Schweiz mit derjenigen in der Union an, vgl.

darüber hinaus eigentlich von einer vollständigen Übernahmepflicht auszugehen, da sich diese Mechanismen sowohl auf Rechte und Pflichten ausserhalb als auch innerhalb des Schengen- bzw. Dublin-Besitzstandes beziehen können. In diesem Sinne setzt die Übernahme der inhaltlichen Rechte und Pflichten auch eine Übernahme der Durchsetzungsmechanismen voraus, welche ihre Umsetzung gewährleisten sollen. Davon unabhängig kann die Auslegung der unionsrechtlichen Vorschriften auch ganz allgemein als Inspirationsquelle für die Auslegung gleich oder ähnlich lautender nationaler Vorgaben herangezogen werden.

2. Das Google-Urteil und schweizerisches Datenschutzrecht

Die in der Rs. C-131/12 zentralen Fragen dürften auf der Grundlage des Datenschutzgesetzes des Bundes – das hier zur Anwendung käme, geht es doch um eine Datenverarbeitung durch Private – parallel zu entscheiden sein:¹⁷

- Zwar äussert sich das DSG nicht ausdrücklich zum räumlichen Anwendungsbereich; es ist jedoch davon auszugehen, dass im Falle der Auswirkungen von Datenverarbeitungen in der Schweiz – was im Falle der Zurverfügungstellung von Suchmaschinen durch in der Schweiz Niedergelassene jedenfalls zu bejahen ist – der Anwendungsbereich des Gesetzes aufgrund des hier zum Zuge kommenden völkerrechtlichen Territorialitätsgrundsatzes eröffnet ist. So geht das Bundesgericht in seinem Urteil bezüglich Google Street View davon aus, dass das DSG immer schon dann anwendbar ist, wenn ein genügender Bezug zur Schweiz besteht, was auch dann zu bejahen sein könne, wenn der eigentlich die Daten bearbeitende Server im Ausland stationiert ist.¹⁸
- Da die Definition des Bearbeitens von Daten in Art. 3 lit. e DSG in der Substanz derjenigen der „Verarbeitung“ in Art. 2 lit. b RL 95/46 entspricht und die vom EuGH für die Bejahung des sachlichen Anwendungsbereichs der RL 95/46 in diesem Zusammenhang angeführten Gründe in jeder Beziehung auch im Rahmen des DSG relevant sind, ist auch diese Frage auf der Grundlage des DSG parallel zu beantworten.
- In Bezug auf die Rechtmässigkeit der Datenbearbeitung stellt Art. 13 DSG auf das Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes ab, der u.a. in einem überwiegenden privaten oder öffentlichen Interesse bestehen kann. Deutlich wird damit, dass auch auf dieser Grundlage im Falle des Anzeigens von Suchergebnissen durch eine Suchmaschine jeweils danach zu fragen ist, ob hierfür ein im Verhältnis zur damit verbundenen Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen überwiegendes Interesse besteht. Somit

Botschaft zur Änderung des DSG, BBl 2003 2102, 2110; Botschaft zu den Bilateralen II, BBl 2004 5965, 6175.

¹⁷ Insoweit so auch HÜRLIMANN, sui-generis.ch/1, Rn. 45 ff.

¹⁸ BGE 138 II 346.

können hier können die vom EuGH entwickelten Ansätze herangezogen werden.

- Zwar kennt das Datenschutzgesetz kein Widerspruchsrecht im Sinn des Art. 14 lit. b RL 95/46.¹⁹ Jedoch ist in Art. 15 Abs. 1 DSG das Recht auf Löschung oder Sperrung von Daten im Falle ihrer unrechtmässigen Bearbeitung verankert, und zudem sieht Art. 12 Abs. 2 lit. b DSG vor, dass gegen den ausdrücklichen Willen einer Person keine Daten dieser Person bearbeitet werden dürfen (wobei Rechtfertigungsgründe aber vorbehalten sind), so dass im Ergebnis in der Schweiz im Wesentlichen parallele Durchsetzungsrechte wie auf EU-Ebene verankert sind.

IV. Schluss

Eine nähere Analyse des «Google-Urteils» des EuGH konnte aufzeigen, dass die eigentliche Problematik des Urteils weniger im «Recht auf Vergessenwerden», denn im Ausmass der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Suchmaschinenbetreiber oder auch sonstiger Anbieter von Webdienstleistungen liegen dürfte, wobei hier noch zahlreiche Fragen wenig geklärt sind. Auch wenn die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied grundsätzlich nicht an Urteile des EuGH gebunden ist, dürfte dieses Urteil gleichwohl auch rechtlich für die Schweiz im Zuge der Schengen-/Dublin-Assoziierung relevant sein. Darüber hinaus präsentiert sich die Rechtslage nach dem Datenschutzgesetz des Bundes letztlich parallel. Insofern lohnt es sich, sich auch in der Schweiz mit den durch das Urteil aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen. Neben der Problematik der Reichweite der Sorgfaltspflicht von Suchmaschinenbetreibern im Hinblick auf die Sicherstellung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben ist de lege ferenda insbesondere danach zu fragen, ob die Tätigkeit zumindest von marktbeherrschenden Suchmaschinenbetreibern nicht in der einen oder anderen Form reglementiert werden sollte, dies nicht nur im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen, sondern auch im Zusammenhang mit ihrer Rolle für die Informationsfreiheit.

Literaturverzeichnis

EVA MARIA BELSER/ASTRID EPINEY/BERNHARD WALDMANN, Datenschutzrecht. Grundlagen und öffentliches Recht, 2011 (zit.: VERFASSER, in: Belser/Epiney/Waldmann, Datenschutzrecht).

¹⁹ Auf diese Divergenz auch hinweisend Botschaft zur Revision des DSG, BBl 2003, 2102 (2118).

- VOLKER BOEHME-NEBLER, Das Recht auf Vergessenwerden – Ein neues Internet-Grundrecht im Europäischen Recht, NVwZ 2014, 825 ff.
- STEPHAN C. BRUNNER, Datenschutz im Rahmen von Schengen. Die neuen Rechtsgrundlagen in der Schweiz, in: Stephan Breitenmoser/Sabine Gless/Otto Lagodny (Hrsg.), Schengen in der Praxis, Zürich u.a. 2009, 189 ff.
- STEPHAN C. BRUNNER, Zur Umsetzung von „Schengen“ und „Dublin“ im Bereich des Datenschutzes: Drei Thesen, in: Astrid Epiney/Patrick Hobi (Hrsg.), Die Revision des Datenschutzgesetzes, Zürich 2009, 139 ff.
- CÉCILE DE TERWANGNE, La modernisation de la Convention 108 du Conseil de l'Europe, in: Astrid Epiney/Tobias Fasnacht (Hrsg.), Die Entwicklung der europarechtlichen Vorgaben im Bereich des Datenschutzes und Implikationen für die Schweiz, Zürich 2012, 23 ff.
- ASTRID EPINEY, Datenschutz und „Bilaterale II“, SJZ 2006, 121 ff.
- ASTRID EPINEY/BERNHARD HOFSTÖTTER/ANNEKATHRIN MEIER/SARAH THEUERKAUF, Schweizerisches Datenschutzrecht vor europa- und völkerrechtlichen Herausforderungen, Zürich 2007.
- ASTRID EPINEY, Zu den völker- und europarechtlichen Rahmenbedingungen der Revision des Datenschutzgesetzes, in: Astrid Epiney/Patrick Hobi (Hrsg.), Die Revision des Datenschutzgesetzes, Zürich 2009, 1 ff.
- SIMONE FÜZESSÉRY MINELLI/STEPHAN C. BRUNNER, La protection des données et les Accords Schengen/Dublin, in: Christine Kaddous/Monique Jametti Greiner (Hrsg.), Bilaterale Abkommen II Schweiz – EU, Basel u.a. 2006, 426 ff.
- DANIEL HÜRLIMANN, Das Google-Urteil des EuGH und die Entfernungspflicht von Suchmaschinen nach schweizerischem Recht, sui-generis.ch/1 (zugänglich unter: www.infosperber.ch).
- MARKUS KERN/ASTRID EPINEY, Durchsetzungsmechanismen im EU-Recht und ihre Implikationen für die Schweiz, in: Astrid Epiney/Daniela Nüesch (Hrsg.), Durchsetzung der Rechte der Betroffenen im Bereich des Datenschutzes, Zürich (im Erscheinen).
- BEAT RUDIN/BRUNO BAERISWYL, „Schengen“ und der Datenschutz in den Kantonen: Anforderungen – Beurteilung – Handlungsbedarf, in: Astrid Epiney/Sarah Theuerkauf (Hrsg.), Datenschutz in Europa und die Schweiz, 2006, 169 ff.

PETER NOBEL: I. Vom internationalen Gesellschaftsrecht zum internationalen Kapitalmarktrecht

MARKUS SCHEFER/SANDRA STÄMPFLI, Die Grundlagen des Datenschutzes im Rahmen von Schengen, in: Stephan Breitenmoser/Sabine Gless/Otto Lagodny (Hrsg.), Schengen in der Praxis, Zürich u.a. 2009, 135 ff.